



Heimatblätter



1918 breitete sich eine Meuterei von Matrosen über Soldaten und Arbeiter aus. Republiken wurden ausgerufen, die Monarchen dankten ab.

Adobe Stock/Graphithèque

Das Schicksalsjahr 1918

Dargestellt aus der Sicht eines Verwaltungsberichtes des Amtes Waldböckelheim

VON RAINER SEIL, BAD KREUZNACH

Einführung

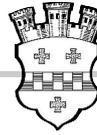
Am 9. November 2018 (1) jährt sich zum 100. Mal die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. (1859–1941). Dramatische Ereignisse waren vorausgegangen. Allgemein vertraut sind der Matrosenaufstand in Kiel und die darauf folgenden revolutionären Geschehnisse im ganzen Reich. Vielerorts wurden Arbeiter- und Soldatenräte ausgerufen. (2) Die folgende Republik wurde zwei Mal ausgerufen: Um 14 Uhr verkündete der sozialdemokratische Politiker Philipp Scheidemann (1867–1939) von einer Westbalkone des Reichstagsgebäudes die „Deutsche Republik“. (3) Knapp zwei Stunden später, um 16 Uhr, rief der Marxist und Antimilitarist Karl Liebknecht

(1871–1919) vor dem Berliner Stadtschloss die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus. Am 10. November 1918 übergab Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, Friedrich Ebert (1821–1925), dem Vorsitzenden der SPD, die Regierungsgeschäfte. Noch am gleichen Tag wurde als erste provisorische Regierung der Republik der Rat der Volksbeauftragten gebildet.

In Kreuznach wurde bereits am 10. November ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet. Der Kreuznacher Landrat Erwin von Nasse (1903–1920) wandte sich am 18. November 1918 an den Kreuznacher Bürgermeister mit der Bitte, mit dem bestehenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zu sprechen. In jener Zeit fluteten die ge-

schlagenen deutschen Truppen von der Westfront nach Hause. Alle militärischen Angelegenheiten wurden dem Landratsamt zugewiesen.

In der Tat brachte dieses besondere Jahr 1918 auch auf regionaler Ebene zahlreiche Umwälzungen und Verwerfungen gesellschaftlich-politischer, wirtschaftlicher und mentaler Art mit sich, die weit über diesen Zeitraum hinaus das Schicksal unserer Vorfahren nachhaltig bestimmten und Zeitgenossen intensiv beschäftigten und prägten. Es liegen hierzu in den staatlichen und kommunalen Archiven noch vielfach Unterlagen in Form amtlicher Berichterstattungen vor, die einer eingehenden Untersuchung wert sind. Bewusst wird der nachfolgende Bericht vom 1. Dezember 1918 ausgewählt



und ungekürzt wiedergegeben, da einerseits die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. vorausgegangen war, andererseits sich die Ereignisse in der Phase des Übergangs von der Monarchie zur Republik vielfach überschlugen.

Der hier vollständig wiedergegebene Bericht ist für diese Bürgermeisterei und auch andere Verwaltungen der letzte seiner Art in dieser Zusammenstellung und Konzeption. In den Wirren der Anfangsjahre der Weimarer Republik unterblieb diese Form der amtlichen Berichterstattung.

Der Bericht

Waldböckelheim, den 1. Dezember 1918

1. Witterung

Im April und in der ersten Hälfte des Mai herrschte feuchtwarme, in den folgenden vier Wochen warme, trockene Witterung. Die beiden letzten Juniwochen brachten rauhes und regnerisches, den Juli wieder warmes und trockenes Wetter. Im August und September war die Witterung unbeständig, im September vorherrschend regnerisch, im Oktober und November meistens trocken.

2. Landeskultur

Die Getreideernte ist im großen und ganzen gut ausgefallen. Einen recht befriedigenden Ertrag lieferte der Raps, der jetzt in weit stärkerem Umfang angebaut wird als vor dem Kriege. Wiesen- und Kleefelder hatten einen recht guten Aufwuchs. Leider wurde die Heu- und Grummeternte durch Regenwetter aufgehalten. Das Gemüse hat vielfach unter Ungeziefer und Trockenheit gelitten und ist fast völlig mißraten. Durch Nachfröste im April litten die Obstbäume sehr. Die Obsterträge waren verschwindend



Kaiser Wilhelm II. im Jahr 1917. dpa

gering. Bei den Frühkartoffeln war eine Mißernte zu verzeichnen. Soweit man dies jetzt überblicken kann, liefern die mittelfrühen und späten Kartoffeln befriedigende Erträge. Die Kartoffelernte fiel allerdings nicht so gut aus wie 1917. Die Weinstöcke zeigten im Frühjahr einen reichlichen Ansatz von Gescheinen. Während der Blüte war auch seitdem, namentlich in den letzten Wochen, herrschte vielfach eine Witterung, die für den Weinstock ungünstig war. Heu- und Sauerwurm hatten beträchtlichen Schaden angerichtet. Immerhin war der Traubenertrag in Bezug auf Menge und Güte noch als mittelmäßig bis ziemlich gut zu bezeichnen. An den Wintersaaten ist vielfach durch Schnecken Schaden verursacht worden.

3. Schädliche Naturereignisse

Am 13. Juli abends 8 1/2 Uhr entstand hier im Hause des Eisenbahnarbeiters Adam Kunz Feuer, durch welches das Dachgeschoß des Hauses ganz zerstört und das Erdgeschoß zu einem geringen Teile beschädigt wurde. Für diesen Schaden hat die Provinzial-Feuer-Versicherungsanstalt 2017 M Ersatz geleistet. Von dem Inhalt, der auch durch Versicherung gedeckt war, ist nur ein kleiner Teil (für 350 M) ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache des Brandes konnte nicht ermittelt werden.

4. Wohlstand im allgemeinen

Durch die guten Einnahmen aus Wein- und Obsternten sind die Bauersleute in den letzten Jahren zu bedeutendem Wohlstand gelangt. Dies machte sich bei einigen in der letzten Zeit stattgehabten Güterversteigerungen sehr bemerkbar. Es wurden sehr hohe Grundstückspreise erzielt, das drei- bis fünffache der vor dem Kriege üblich gewesenen Preise. Der Lohn der Arbeiter, besonders der Fabrikarbeiter, ist erheblich in die Höhe gegangen. Auch die Handwerker berechnen bedeutend höhere Preise als früher. Dem Beamtentstand, der unter der allgemeinen Teuerung sehr leidet, sind Teuerungszulagen bewilligt worden. Daß der ungünstige Ausgang des Krieges

den Wohlstand der Bevölkerung über kurz oder lang vernichtet wird, wird allgemein befürchtet. Sehr bedauerlich ist die überaus starke Geld-Abhebung bei den Sparkassen und Banken und die dadurch hervorgerufene außerordentliche fühlbare Knappheit an Bargeld.

5. Gewerbebetrieb

Der Geschäftsbetrieb der Firma Berkenhoff, Drebes & Cie, Drahtwerke hier, geht trotz des Wegfalls der Heeresaufträge noch gut. Deren Geschäftsgewinn ist sehr hoch. Zur Zeit werden in den Drahtwerken etwa 250 Arbeiter beschäftigt.

6. Gesundheitszustand

Die hiesige Arztstelle, die immer noch unbesetzt ist, habe ich kürzlich ausgeschrieben. Inzwischen ist eine Anzahl Bewerbungen eingegangen. Ich hoffe, dass sich bald einer der Bewerber hier niederlassen wird. Im letzten halben Jahre kamen im hiesigen Bezirk einige Fälle von ansteckenden Krankheiten vor, nämlich: 1. Diphtheriefall mit tödlichem Ausgang, 1 Fall von Ruhr, 1 Typhusfall. In den letzten Monaten waren ziemlich viel Leute an der sogenannten spanischen Grippe erkrankt.

7. Volksernährung

Wer nur das zu verzehren hat, was er auf Karten erhält, muß bitteren Hunger erleiden. Dringend zu wünschen ist, daß Deutschland bald wieder vom Ausland Lebensmittelzufuhren in beträchtlicher Menge erhalten wird.

8. Mitwirkung der Behörden bei Bewältigung der Ernährungsschwierigkeiten

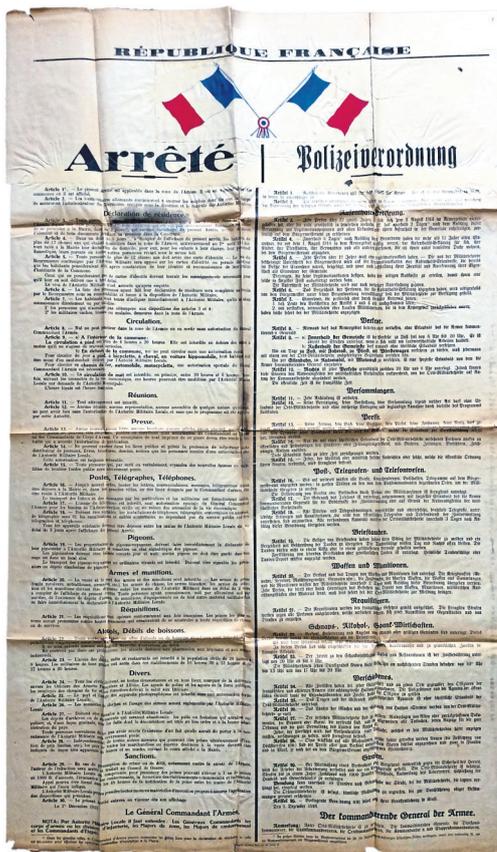
Mitunter stoßen die unteren Behörden bei Durchführung und Handhabung der außerordentlich vielen wirtschaftlichen Maßnahmen auf recht unliebsame Schwierigkeiten. Die meisten Bewohner fügen sich aber in das Unvermeidliche und erkennen die Notwendigkeit zu den behördlichen Anordnungen an.

9. Wohltätigkeit und Opfer

Während der Sommermonate waren wieder im hiesigen Bezirk Stadtkinder aus Barmen [heute Stadtteil von Wuppertal], Düren und Crefeld untergebracht.

10. Volksstimmung, soziale und politische Strömung

Die Stimmung unter der Bevölkerung ist sehr niedergeschlagen und hoffnungslos. Die schweren Waffenstillstandsbedingungen drücken stark auf die Gemüter. Hinzu kommt die Zerfahrenheit und der Parteihaider im Lande selbst. Die Umwälzung in der Regierung wird verschieden beurteilt. Wohl alle sind sich darin einig, daß auf baldige Einberufung der Nationalversammlung hingewirkt werden muß, damit wieder gesetzmäßige Zustände geschaffen werden können und damit über den Abschluß des Friedens rechtsgültig verhandelt werden kann. Bei den Wahlen für diese Nationalversammlung wird es wohl nur 2 Gesichtspunkte geben entweder bürgerlich oder sozialistisch. Die Zeitungsnachrichten über die Schuld der früheren deutschen Regie-



Polizeiverordnung (franz./dt.), Großdruck 01.12.1918.



„*Die meisten Einwohner besaßen trotz der weithin praktizierten, die Landwirtschaft und Vermögen zersplitternden Realerteilung etwas Land und in der Regel auch ein Haus, sei es auch noch so bescheiden. In den Dörfern und auch in Städten (z.B. in den Gassen) gab es noch sog. Tagelöhnerhäuschen, die eineinhalb Stockwerke hoch waren. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sie meist bei Sanierungsarbeiten abgerissen oder entsprechend aufgestockt und somit vergrößert.*“

Der Kommentar

Dieser an den Kreuznacher Landrat Erwin von Nasse gerichtete Bericht aus der Wirkungszeit des Waldböckelheimer Amtsbürgermeisters Johann Jakob Schlemmer (1911–1945) bedarf einiger Erläuterungen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass trotz der vorangegangenen Kriegswirren und Entbehrungen die wirtschaftliche Situation der ansässigen Bevölkerung noch als vergleichsweise gut eingeschätzt wird. Es ist dabei zu bedenken, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung im Amt Waldböckelheim in der Landwirtschaft tätig war.

Vor allem von den Weinerntern, aber auch von anderen Agrarprodukten, hing ein großer Teil des örtlichen Wohlstandes ab. Nur so lassen sich die besonders ausführlichen, regelmäßig wiederkehrenden Berichte unter der Rubrik „Witterung“ erklären, die in der Berichterstattung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und auch teilweise noch danach einen breiten Raum einnehmen. Wich-

tigste Arbeitgeber außerhalb der Landwirtschaft, nicht nur für Waldböckelheim, sondern auch für ein weites ländlich geprägtes Umfeld an der mittleren Nahe, waren die seit 1911 bestehenden örtlichen Drahtwerke. (4) Trotz „Wegfall der Heeresaufträge“ war deren wirtschaftliche Lage im November 1918 gleichfalls „noch gut“. In den damals noch bestehenden und bedeutenden Steinbrüchen (zum Beispiel in Bockenau) ruhte während des Krieges die Arbeit. Die Steinbrucharbeiter hatten die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Weitaus weniger günstig gestalteten sich dagegen die ökonomischen Verhältnisse der Beamten (zum Beispiel Lehrer) oder der Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung, zumal sie häufig über keinen landwirtschaftlichen Besitz verfügten, um etwa Lebensmittel selbst zu produzieren. Diese Einschätzung vor Ort deckt sich mit den Erfahrungen benachbarter Verwaltungen. Bemerkenswert auch nochmals der Hinweis auf die „Ferienkinder“. Während des Krieges wurden aus den Großstädten des Ruhrgebiets und des Niederrheins Kinder aus kinderreichen Familien aufgenommen, da deren Not besonders groß war.

Es war eine Besonderheit der wilhelminischen Berichterstattung, dass allgemeine, nicht so seltene Brände unter „Schädlichen Naturereignissen“ erfasst wurden. Wichtig war die Klärung der Frage, ob die Gebäude versichert waren. Spätere Zeitepochen griffen diesen Aspekt aus der Zeit der Anfänge des Versicherungswesens nicht mehr auf.

Ein Teil dieses zumindest stellenweise optimistisch anmutenden Berichtes mag der Tatsache geschuldet sein, dass die Berichtsersteller, noch ganz dem Stil der wilhelminischen Zeit verhaftet, bei einem amtlichen Bericht trotz des Endes der Monarchie noch loyal in der ihnen bislang vertrauten Form berichteten. Erst allmählich nahmen sie eine kritischere Haltung ein und sprachen die große politische Zersplitterung („Parteihaider“) an, die das Geschehen von 1919 bis 1933 bestimmen sollte. Der vorliegende Bericht sah vor allem finanzielle Probleme bei den Banken und fürchtete Wertverluste.

Fazit und Ausblick

Bereits am 24. November 1918 hatten etwa 1000 Besucher in einer vom Arbeiter- und Soldatenrat in Kreuznach einberufenen öffentlichen Veranstaltung mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die den baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung forderte. Am 3. Dezember, also nur 2 Tage nach Abfassung des verfassten Berichtes, war der militärische Durchmarsch der rückflutenden deutschen Truppen beendet. (5)

Schon am 9. Dezember 1918 rückten französische Besatzungstruppen in Waldböckelheim ein.

Mit meist zweisprachigen Plakaten wies die französische Besatzungsmacht auf zahlreiche Vorschriften und Regelungen hin.

Am 6. Februar 1919 eröffnete Friedrich Ebert als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten die in Weimar stattfindende Nationalversammlung mit einer programmatischen Rede. Die erwähnten Wahlen zur





verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden am 19. Januar 1919 in Weimar statt. Diese im Deutschen Reich zentral gelegene thüringische Stadt an der Ilm war gewählt worden, da in Berlin die politische Lage äußerst unruhig war. Bürgerkriegsähnliche Unruhen mit zahlreichen Toten und Verletzten sowie politische Morde (zum Beispiel an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg in Berlin, Kurt Eisner in Bayern) bestimmten das Tagesgeschehen. National blieb die SPD bei dieser Wahl die stärkste Partei. Die von der SPD abgespaltete USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) errang im Reichstag 22 Sitze. Die KPD blieb aus Protest wegen der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Wahl fern. Das Zentrum blieb zweitstärkste Partei (91 Mandate). Die DDP (Deutsche Demokratische Partei) erreichte 75 Mandate, die DNVP (Deutsche Nationale Volkspartei) und DVP (Deutsche Volkspartei) zusammen 63 Mandate.

Vom März 1919 bis 1924 liegen für die Bürgermeisterei Waldböckelheim etwas anders gestaltete politische Lageberichte vor. Während in der Kaiserzeit vergleichbare Berichte etwa 10 Rubriken aufwiesen, erfassten die etwas anders strukturierten Berichte jener Jahre: 1. Politische Lage, Stellung der Parteien, 2. Wirtschaftliche Fragen, Regelung der Löhne, öffentliche Arbeiten, Transport und Verkehrswesen, 3. Polizei, 4. Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen und 5. Bedarf an militärischen Lehrern zur Unterrichtsteilung in der französischen Sprache. (6)

Besondere politische Betätigung, so der Bericht vom 16. März 1919, gab es in der Amtsbürgermeisterei Waldböckelheim nicht: „Von den insgesamt abgegebenen 2170 Stimmen entfielen 1876 auf die bürgerlichen Parteien (Deutsche Volks- und Demokratische Partei, Zentrum und Deutschnationale Partei), der Rest auf die Mehrheitssozialisten. Spartakistische oder bolschewistische Bestrebungen trifft man hier nicht an.“

Das Jahr 1919 sollte für die Drahtwerke aufgrund der völlig veränderten Situation schwierig verlaufen. Es herrschte Mangel an Kohlen und Walzdraht, der aus dem Saarland (Völklingen, Neunkirchen) bezogen wurde. Hinzu traten hohe Lohnforderungen der Arbeiterschaft.

Anmerkungen

1) Bereits am 7. November war im Bayern die Dynastie der Wittelsbacher gestürzt worden. Das Königreich Bayern wurde als erster Bundesstaat des Reiches zum Freistaat, also zur Republik.

2) Kaiser Wilhelm hielt sich zu diesem Zeitpunkt noch im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung in Spa auf.

3) In der ersten parlamentarischen Reichsregierung war Scheidemann unter der Leitung des Prinzen Max von Baden (1867–1929) im Oktober 1918 Staatssekretär geworden. Am erwähnten 9. November 1918 legte er mit anderen Regierungsgliedern seiner Partei sein Amt nieder.

4) Dem vorausgegangen beigefügten Verwaltungsbericht vom 30. September 1918 ist zu entnehmen, dass in den kriegswichtig eingestuft Drahtwerken „200 Arbeiter“ beschäftigt waren. Noch im Krieg

Bekanntmachung.

Der Herr kommandierende General hat in Abänderung der Bestimmungen des § 10 der Bekanntmachung vom 1. 12. 18. verfügt, daß in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember der Verkehr ausnahmsweise bis 2 Uhr gestattet ist, um der Bevölkerung den Besuch der Christmette zu ermöglichen.

Der Artikel 23 der Bekanntmachung vom 1. 12. 18., der sich auf den Verkauf geistiger Getränke in Restaurants und Cafés bezieht, erfährt hierdurch keine Aenderung.

Die Lokale müssen also wie vor um 8 Uhr geschlossen sein.

Zum Besuch der Christmette ist der Verkehr auch in der Frühe statt von 6 Uhr ab von 4³⁰ Uhr ab freigegeben. Der § 9 der Bekanntmachung vom 1. 12. 18. wird dementsprechend abgeändert.

Kreuznach, den 21. Dezember 1918.

Visé, le 21. décembre 1918.
L'administrateur militaire. Signé: Lt.-Colonel Philippe.

Der Landrat: v. Raffe.

Druckr. H. Reigtländer Nachr.

Bekanntmachung, Besuch der Christmette betr., 21.12.1918

HWZB

hatte die Beschäftigtenzahl bei 375 Arbeitskräften, darunter noch zahlreiche Kriegsgefangene, gelegen. (Näheres zu den Drahtwerken vgl. Rainer SEIL: Drahtwerke Waldböckelheim - Eine endliche Geschichte (1911–1981). In: Bad Kreuznacher Heimatblätter Nr. 4 & 5 (2013).

5) H. SCHWINDT (1999, S. 212) berichtet, dass am 30. November 1918 nachmittags die von den Revolutionären gehisste rote Fahne auf dem Kreuznacher Stadthaus von Unteroffizieren heruntergerissen wurde. Am nächsten Tag hisste der Arbeiter- und Soldatenrat wieder die rote Fahne, die heimkehrende Frontsoldaten erneut entfernten. Es herrschte eine explosive Stimmung.

6) Der komplette Wortlaut dieses Berichtes ist überliefert in R. SEIL, 1999, S. 139 - 141

Quellen

Kurt BECKER (Hrsg.): Chronik des Kreises Kreuznach. Köln 1966

Helmut M. MÜLLER: Schlaglichter der

deutschen Geschichte. Mannheim 1990

Helmut SCHWINDT: Arbeiterbewegung und Industrialisierung in Stadt und Landkreis Kreuznach von 1848 bis 1918 (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 30, Schriftenreihe der Stadt Bad Kreuznach Bd. 3). Bad Kreuznach 1999

Helmut SCHWINDT: Die Kommunistische Bewegung in Stadt und Landkreis Kreuznach (1918/20–1933) (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 33). Bad Kreuznach 2004

Rainer SEIL: Chronik der Ortsgemeinde Waldböckelheim. Bad Kreuznach 1999

Gerhard TADDEY (Hrsg.): Lexikon der deutschen Geschichte.

Die Bad Kreuznacher Heimatblätter erscheinen monatlich in Zusammenarbeit mit dem Verein für Heimatkunde für Stadt und Kreis Bad Kreuznach e.V. (i. A. Anja Weyer M.A., Richard-Wagner-Str. 103, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671/757 48, E-Mail anjaweyer@gmx.de).